Landesverband Berlin - Kommentar von ZÄK-Vizepräsident Dr. Michael Dreyer

Berlin hat gewählt

Gerade noch vor Redaktionsschluss sind die ersten Hochrechnungen zur Wahl des Abgeordnetenhauses in Berlin veröffentlicht worden. Das Ergebnis ist eindeutig, es bleibt alles anders.

In Berlin bestimmte die Große Koalition von SPD und CDU die vergangenen fünf Jahre die Geschicke der Stadt und damit auch des Gesundheitswesens.

Als Vizepräsident der Zahnärztekammer Berlin kann ich als Resümee der Zusammenarbeit mit dem Senat sagen, das wir in der Politik unserer Stadt durchaus Gehör für unsere Anliegen gefunden haben. Was ehrlicherweise nicht heißt, dass alle unsere Wünsche und Vorstellungen eins zu eins umgesetzt wurden.

Trotzdem wurden viele Projekte gemeinsam oder mit Unterstützung des Senats realisiert – zum Wohle unserer Patienten, aber auch als Zeichen der sozialen Verantwortung der Zahnärzte. Als Beispiele seien die Eröffnung des ersten Berliner Behandlungszentrums für die zahnärztliche Behandlung von schwer mehrfach behinderten Menschen im Vivantes Klinikum Neukölln oder die ehrenamtliche Tätigkeit der Zahnärzte für nicht registrierte Flüchtlinge genannt. Mit der Einrichtung dieser Spezialambulanz können diese Patientinnen und Patienten nun auch stationär aufgenommen werden. Dem Klinikum Neukölln

sind dazu bei der Krankenhausplanung zwei zusätzliche Betten bewilligt worden.

Können die Zahnärzte weiter überzeugen?

Die ehrenamtliche Tätigkeit vieler Zahnärzte im Brennpunkt Berlin entlastete massiv die schwierige Lage der Migrations-schmerzpatienten ohne Rechtsansprüche auf Behandlung. Für das Land Berlin ist mit der jetzigen Wahl eine deutliche Veränderung angebrochen. Es wird im Gegensatz zu vorher mindestens drei Koalitionspartner geben. Möglich sind Rot-Grün-Rot, Rot-Schwarz-Gelb und Rot-Schwarz-Grün, zahlenmäßig würde auch die AfD mitreden können, hier gibt es aber bis jetzt keine Angebote zur Koalition der anderen Parteien.

Nicht wirklich verwunderlich ist, dass sich alle Koalitionskandidaten Prävention und den Ausbau und die Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Gesundheitsdienstes auf die Fahnen geschrieben haben. Natürlich auch Pflege und die Versorgung älterer und behinderter Menschen, wenn auch mit unterschiedlichen Ansätzen.

Zahnärztliche Themen werden nicht spezifiziert, passen aber in diesem Spektrum zum möglichen Dialog.

Für uns Berliner Zahnärzte steht hier die Frage im Vordergrund, können wir weiter überzeugen und für Zahnärzte unsinnige Regelungen, die für Herzoperationen durchaus statthaft sind, aber beim Zahnsteinentfernen nicht wirklich notwendig, vermeiden? Oder werden wir einfach subsummiert?

Damit stellt sich auch die Frage für das Bundesgebiet: Wie wird die Bundespolitik die Wahlsignale aus der Hauptstadt verarbeiten, und wie wirkt sich dies auf uns Zahnärzte aus?

Langfristig gesundheitspolitische Lösungen etabliert

In Berlin hatten wir eine Wahlbeteiligung von über 66 Prozent. Warum erreichen Zahnärzte dies nicht bei Körperschaftswahlen?

In Berlin sind wir unter 50 Prozent Wahlbeteiligung, und in anderen Bundesländern sieht es im überwiegenden Teil nicht besser aus. Sind Zahnärzte so uninteressiert an den eigenen Ständesvertretungen Kammer und KZV?

Zugegebener Maßen, wir erreichen nicht alle unsere Wünsche. Aber langfristig gesehen haben der Freie Verband und seine Vertreter in der Bundeszahnärztekammer, der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung und den jeweiligen Landeskörperschaften viele gesundheitspolitische Lösungen zukunftsweisend in den politischen Köpfen etabliert.

Liebe Kollegen, unterstützen sie Ihre aktiven Verbandskollegen durch ihr Votum bei Wahlen. Je höher die Legitimation durch Wahlbeteiligung, umso mehr werden wir in der Politik wahrgenommen und desto mehr können wir für Sie erreichen.

Machen Sie mit,

Ihr Michael Dreyer

© Robert Kneschke / Fotolia